

Beschlussvorlage **12/79/113/BV-R**

Status: **ÖFFENTLICH**

Antrag der SPD-Fraktion vom 03.07.2012: Resolution gegen die Einführung des Betreuungsgeldes

Beratungsfolge

Datum	Gremium	Zuständigkeit
05.07.2012	Verwaltungsausschuss	Vorberatung
11.07.2012	Rat der Stadt Delmenhorst	Entscheidung

<i>Federführende Organisationseinheit:</i>	<i>Unterzeichner:</i>	<i>Datum d. Unterzeichnung:</i>
Rats- und Sitzungsdienst	Heitmann (FDL)	03.07.2012
	de La Lanne (OB)	03.07.2012

Ergebnis:

Die Stadt Delmenhorst fordert die Bundesregierung auf, die Einführung des Betreuungsgeldes aufzugeben und stattdessen die Bundesmittel in Höhe von bis zu 2 Milliarden EURO jährlich für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen einzusetzen.

Sachstandsdarstellung der Verwaltung:

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag wie folgt:

Ab dem 01.08.2013 wird bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bestehen.

Ausbauziel ist die Schaffung von Betreuungsplätzen für 35% der Unter-Dreijährigen. Die Stadt Delmenhorst hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Investitionen getätigt, um dieses gesellschaftspolitisch zwingend erforderliche Ziel zu erreichen.

Die Absicht der Bundesregierung, mit dem Betreuungsgeld Anreize zu schaffen, Kinder vom Besuch einer Krippe fern zu halten, ist vollkommen kontraproduktiv sowie volkswirtschaftlich und bildungspolitisch fatal.

Schätzungen gehen davon aus, dass die Einführung des Betreuungsgeldes bis zu 2 Milliarden € jährlich kosten wird, also möglicherweise bis zur Hälfte der Bundesmittel für den gesamten Krippenausbau (4 Milliarden). Mit dieser Summe könnte der weitere Ausbau bzw. die qualitative Verbesserung der Krippen und die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher enorm vorangebracht werden zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unserer Kinder. Hier in der Stadt Delmenhorst müsste vor allem der Bau von Krippen bzw. Ausbau der Kitas mit Krippenplätzen vorangetrieben werden, was durch zusätzliche Mittel des Bundes gefördert werden könnte.

Anlage: Antrag der SPD vom 03.07.2012